

No. 33146

AUSTRIA
and
HUNGARY

**Agreement on economic, agricultural, industrial, technical
and technological cooperation. Signed at Vienna on
19 September 1995**

Authentic texts: German and Hungarian.

Registered by Austria on 19 September 1996.

AUTRICHE
et
HONGRIE

**Accord relatif à la coopération économique, agricole, industrielle, technique et technologique. Signé à Vienne le
19 septembre 1995**

Textes authentiques : allemand et hongrois.

Enregistré par l'Autriche le 19 septembre 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESREGIERUNG UND DER REGIERUNG DER REPUBLIK UNGARN ÜBER DIE WIRTSCHAFTLICHE, LANDWIRTSCHAFTLICHE, INDUSTRIELLE, TECHNISCHE AND TECHNOLOGISCHE ZUSAMMENARBEIT

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Republik Ungarn, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind:

- in der Überzeugung, daß ein neues Abkommen über die wirtschaftliche, landwirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit günstige Voraussetzungen und eine geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen – auch über die traditionellen Beziehungen hinaus – schafft,
- im Einklang mit dem am 16. Dezember 1991 unterzeichneten „Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Ungarn andererseits“,
- unter Bedachtnahme auf den Beitritt der Republik Österreich zur Europäischen Union mit 1. Jänner 1995 und des Antrags der Republik Ungarn auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union, der vom Rat Allgemeine Angelegenheiten am 18./19. April 1994 in Luxemburg und vom Europäischen Rat in Korfu am 24./25. Juni 1994 zur Kenntnis genommen wurde,
- in Übereinstimmung mit dem Rechtsbestand der Europäischen Union, den Verpflichtungen gegenüber dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und der Welthandelsorganisation (WTO) sowie den in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften,
- in dem Bemühen, einen künftigen gemeinsamen Weg in der Europäischen Integration zu fördern, wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften sowie unter Berücksichtigung ihrer internationalen Verpflichtungen um die Fortsetzung, harmonische Weiterentwicklung und Ausweitung der bilateralen wirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Zusammenarbeit auch über die traditionellen Beziehungen hinaus bemüht sein.

Artikel 2

Den Zielsetzungen des Artikels 1 entsprechend, werden die Vertragsparteien im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten erleichtern und fördern.

Artikel 3

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß Investitionen von Unternehmen der anderen Vertragspartei die Wirtschaftsbeziehungen vertiefen, und daß österreichische Investitionen im Rahmen des ungarischen Privatisierungsprozesses nicht nur zur Verbesserung der Zusammenarbeit, der Belebung des Außenhandels, sondern auch zum Vorteil beider Volkswirtschaften heitragen können.

Artikel 4

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß in folgenden Bereichen eine besondere Dialogbereitschaft und gute Kooperationsmöglichkeiten gegeben sind:

- Bauwesen
- Energiewirtschaft, einschließlich Energiespartechnik, sowie Errichtung, Revitalisierung von Kraftwerken und Leitungssystemen

- Erdöl- und Raffinerientechnologie
- Aufsuchung, Gewinnung, Aufbereitung, Veredelung und Weiterverarbeitung sowie Vermarktung von mineralischen Rohstoffen und Bergbauprodukten
- Umweltechnik
- Elektrotechnik
- Land- und Forstwirtschaft
- Landtechnik
- Nahrungsmittelindustrie
- Anlagen- und Maschinenbau
- chemische und petrochemische Industrie
- Gesundheitswesen, Medizintechnik, medizinische und pharmazeutische Industrie
- holzbe- und -verarbeitende Industrie und Papierindustrie
- Baustoffindustrie
- Stahlindustrie
- metallverarbeitende Industrie
- Direktinvestitionen
- Erleichterung der unternehmerischen Tätigkeit
- Consulting
- gewerblicher Rechtsschutz
- angewandte Forschung
- Weiterentwicklung der regionalen und grenznahen Zusammenarbeit, auch im Rahmen internatio-
naler Entwicklungsprogramme
- Zusammenarbeit bei Ausstellungen und Messen
- Ausbau der gemeinsamen Zusammenarbeit auf Drittmarkten
- Normenwesen, Akkreditierung und Zertifizierung
- Tourismuskomplexe
- Abfallwirtschaft und Recycling

Artikel 5

Die Vertragsparteien erklären ihre Bereitschaft in folgenden Bereichen der Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Projekten einschließlich der Einbindung in die transeuropäischen Netze sowie der Verwirklichung von Infrastrukturprojekten besonderes Interesse zu widmen:

- Energiewesen
- Wasserwirtschaft
- Telekommunikation
- Eisenbahn
- Luftfahrt
- Schiffahrt
- Straßenbau
- Straßenverkehr
- kombinierter Verkehr

Artikel 6

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß eine reibungslose Grenzabfertigung im Warenverkehr für die Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen beider Staaten von besonderer Bedeutung ist.

Artikel 7

Bei der Verwirklichung der Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens werden die Vertrags-
parteien moderne und umweltfreundliche Technologien sowie die Schonung ökologischer Ressourcen
anstreben und unterstützen.

Artikel 8

Falls keine andere Vereinbarung getroffen wird, erfolgt die wirtschaftliche, landwirtschaftliche, in-
dustrielle, technische und technologische Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens auf kommer-
zieller Grundlage.

Artikel 9

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an.

Artikel 10

Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften Beratungsleistungen sowie die Aus- und Weiterbildung von Fachleuten und Managern vor allem auf dem Gebiet der Außenwirtschaft, der Wirtschaftsverwaltung, des gewerblichen Rechtsschutzes, des Tourismus sowie des Bank-, Finanz- und Versicherungswesens fördern.

Artikel 11

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen oder die freie Wahl von internationalen Schiedsgerichten.

(2) Die Regelung der Streitfragen zwischen den Unternehmen erfolgt unter Berücksichtigung der internationalen Verpflichtungen beider Vertragsparteien und der zwischen ihnen geltenden Vereinbarungen.

Artikel 12

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird eine Gemischte Kommission errichtet, welche auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder Ungarn einberufen wird.

(2) Zu den Aufgaben dieser Gemischten Kommission gehören insbesondere:

- a) Prüfung der Entwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen,
- b) Aufzeigen neuer Möglichkeiten zur Förderung und Vertiefung der wirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Zusammenarbeit,
- c) Erstellung von Vorschlägen und Empfehlungen zur Verbesserung der Bedingungen der bilateralen Zusammenarbeit sowie Festlegung der Prioritäten,
- d) Unterbreitung von Empfehlungen zur effizienteren Anwendung dieses Abkommens,
- e) Erörterung anstehender Probleme sowie Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen.

(3) Im Rahmen der Gemischten Kommission können fallweise projektreihenweise oder sparten spezifische Ad-hoc-Arbeitsgruppen tätig werden.

Artikel 13

Beide Vertragsparteien halten eine ständige Dialogbereitschaft über aktuelle Themen der wirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, industriellen, technischen, technologischen, regionalen und arbeitsmarktpolitischen Zusammenarbeit für besonders zweckmäßig.

Artikel 14

Die Vertragsparteien erklären ihre Bereitschaft, den bereits bestehenden Informationsaustausch im Hinblick auf einen Beitritt Ungarns zur Europäischen Union fortzusetzen.

Artikel 15

Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Anwendung oder Auslegung des vorliegenden Abkommens sollen durch Verhandlungen im Rahmen der im Artikel 12 genannten Gemischten Kommission beigelegt werden.

Artikel 16

(1) Die Vertragsparteien sind durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als dies mit dem jeweils geltenden Rechtsbestand der Europäischen Union (EU) unvereinbar ist.

(2) Im Falle von Unklarheiten hinsichtlich der Auswirkungen des Absatzes 1 werden die Vertragsparteien in einen diesbezüglichen Dialog treten.

Artikel 17

- (1) Mit Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens verlieren
- a) das „Langfristiges Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik Ungarn über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit und über deren Weiterentwicklung“ vom 15. September 1979;
 - b) das „Langfristiges Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik Ungarn über den Warenverkehr“ vom 11. November 1972;
 - c) das „Abkommen über den Zahlungsverkehr zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik Ungarn“ vom 28. Oktober 1971
- ihre Wirksamkeit.

Artikel 18

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

Geschehen zu Wien, am 19. September 1995 in zwei Urkunden, jeweils in deutscher und ungarischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Österreichische
Bundesregierung:

JOHANNES DITZ

Für die Regierung der Republik
Ungarn:

IMRE DUNAI

[HUNGARIAN TEXT — TEXTE HONGROIS]

MEGÁLLAPODÁS AZ OSZTRÁK SZÖVETSÉGI KORMÁNY ÉS A MAGYAR KÖZTÁRSASÁG KORMÁNYA KÖZÖTT A GAZDASÁGI, MEZŐGAZDASÁGI, IPARI, MŰSZAKI ÉS TECHNOLÓGIAI EGYÜTTMŰKÖDÉSRŐL

Az Osztrák Szövetségi Kormány és a Magyar Köztársaság Kormánya (a továbbiakban „Szerződő Felek”),

- abban a meggyőzésben, hogy a gazdasági, mezőgazdasági, ipari, műszaki és technológiai együttműködésre vonatkozó új megállapodás a gazdasági kapcsolatok továbbfejlesztéséhez – a hagyományos kapcsolatokon túlmenően is – kedvező előfeltételeket és megfelelő alapot teremt,
 - „Az Európai Közösségek és azok tagállamai és a Magyar Köztársaság között társulás létesítéséről szóló, 1991. december 16-án aláírt Európai Megállapodás”-szel összhangban,
 - tekintetbe véve az Osztrák Köztársaságnak az Európai Unióhoz 1995. január 1-jén történt csatlakozását és a Magyar Köztársaság által az Európai Unió-beli tagságra vonatkozóan benyújtott kérelmét, amelyet az Általános Tanács 1994. április 18/19-én Luxemburgban és az Európa-Tanács 1994. június 24/25-én Korfuban tudomásul vett,
 - az Európai Unió jogállásával, az Általános Vámterifa és Kereskedelmi Egyezménnyel (GATT) és a Kereskedelmi Világszervezettel (WTO) szembeni kötelezettségekkel, valamint a két államban hatályos jogi előírásokkal összhangban,
 - arra törekedve, hogy az európai integrációban való, jövőbeni közös utat elsegítsék,
- az alábbiakról állapodtak meg:

1. Cikk

A Szerződő Felek az országukban érvényben lévő jogi előírások keretében és nemzetközi kötelezettségeik figyelembevételével a hagyományos kapcsolatokon túlmenően is törekedni fognak a kétoldalú gazdasági, mezőgazdasági, ipari, műszaki és technológiai együttműködés folytatásra, harmonikus továbbfejlesztésre és kiadványtartásra.

2. Cikk

Az 1. cikk célkitűzéseinek megfelelően a Szerződő Felek lehetőségeik keretén belül megkönyítik és elősegítik a két ország vállalatai, szervezeti, társaságai és intézményei, a továbbiakban „Vállalatai” közötti gazdasági kapcsolatokat.

3. Cikk

A Szerződő Felek egyetértenek abban, hogy a másik Szerződő Fej vállalatai által eszközölt beruházások elmulthatók a gazdasági kapcsolatokat, és abban, hogy a magyar privatizációs folyamat keretében eszközölt osztrák beruházások nemcsak az együttműködés javításához járulhatnak hozzá, hanem a két nemzetgazdaság előnyére is válhatnak.

4. Cikk

A Szerződő Felek egyetértenek abban, hogy különleges párbeszédkézség és jó kooperációs lehetőségek adottak az alábbi területeken:

- építőipar,
- energiagazdálkodás, ezen belül az energiamegtakarítási technika, valamint erőművek és vezetékkarendszerek létesítése, rekonstrukciója,
- olajipari és finomítási technológia,
- ásványi nyersanyagok és bányászati termékek felkutatása, kinyerése, feldolgozása, finomítása, további feldolgozása és értékesítése.

- környezetvédelmi technika.
- elektrotechnika.
- mező- és erdőgazdaság.
- mezőgazdasági technika.
- élelmiszeripar,
- gép- és berendezés-gyártás.
- vegyipar és petrokémiai ipar.
- egészségügy, orvosi technika, orvosi műszergyártás és gyógyszeripar.
- famegmunkáló és -feldolgozó ipar és papíripar.
- építőanyagipar,
- acélipar,
- fémfeldolgozó ipar,
- működőtérke-befektetések,
- vállalkozói tevékenység előmozdítása,
- tanácsadás,
- iparjog-védelem,
- alkalmazott kutatás,
- a regionális és határmenti együttműködés továbbfejlesztése, nemzetközi fejlesztési programok keretében is,
- együttműködés kiállításokon és vásárokon,
- harmadik piaci együttműködés kiépítése,
- szabványosítás, minősítés és tanúsítás,
- idegenforgalmi létesítmények,
- hulladékgyártás és -újrahasznosítás.

5. Cikk

A Szerződő Felek készéget nyilvánítanak arra, hogy különös érdekeltséget fognak mutatni a határon átterjedő projektekkel kapcsolatos együttműködés alábbi területei, többek között a transzeurópai hálózatokhoz való csatlakozás és az infrastrukturális projektek megvalósítása iránt:

- energetika,
- vízgazdálkodás,
- távközlés,
- vasút,
- légi közlekedés,
- hajózás,
- útépítés,
- közúti forgalom,
- kombinált szállítás.

6. Cikk

A Szerződő Felek egyetértenek azzal, hogy különleges jelentőségű a két ország gazdasági kapcsolatainak továbbfejlesztése szempontjából az árforgalomban a határennőrzés lebonyolításának zökkenőmentes volta.

7. Cikk

A jelen Megállapodás keretében folytatandó együttműködés megvalósítása során a Szerződő Felek törekedni fognak korszerű és környezetbarát technológiák alkalmazására, az ökológiai erőforrások megóvására, és ezek támogatására.

8. Cikk

Ellenkező megállapodás hiányában a jelen Megállapodás keretében történő gazdasági, mezőgazdasági, ipari, műszaki és technológiai együttműködés kereskedelmi alapon valósul meg.

9. Cikk

A Szerződő Felek elismерik annak hasznosságát és szükségeségét, hogy a kis- és középvállalatok erőteljesebben vegyenek részt a kétoldalú külügazdasági kapcsolatokban.

10. Cikk

A Szerződő Felek saját lehetőségeik és az országukban érvényes jogi előírások keretei között fogják támogatni a tanácsadói szolgáltatásokat, valamint a szakemberek és menedzserek képzését és továbbképzését, főként a külügazdaság, a gazdaságirányítás, az iparjog-védelem, az idegenforgalom, a bank-, pénzügyi és biztosítási rendszer terén.

11. Cikk

(1) A Szerződő Felek azt ajánlják a vállalatoknak, hogy a jogviták rendezésére kétoldalú egyetértés mellett elsősorban a békés megoldásokat válasszák, vagy szabadon válasszanak erre a célra nemzetközi választottbiróságokat.

(2) A vállalatok közötti jogviták rendezése a két Szerződő Fél nemzetközi kötelezettségeinek és a Felek közötti érvényben lévő megállapodásoknak a figyelembenve történik.

12. Cikk

(1) A jelen Megállapodás Végyesbizottságot állít fel, amely a két Szerződő Fél egyikének kívánságára felváltva Ausztriában vagy Magyarországon ülésezik.

(2) A Végyesbizottság fő feladatai:

- a) a kétoldalú külügazdasági kapcsolatok alakulásának vizsgálata,
- b) új lehetőségek feltárása a gazdasági, mezőgazdasági, ipari, műszaki és technológiai együttműködés elősegítésére és elmélyítésére,
- c) javaslatok és ajánlások megfogalmazása a kétoldalú együttműködés feltételeinek javítására, valamint a prioritások meghatározása,
- d) ajánlások megfogalmazása a jelen Megállapodás hatékonyabb alkalmazására,
- e) a felmerülő problémák megvitátása és a megoldási javaslatok kidolgozása.

(3) A Végyesbizottság keretében esetenként az adott projekttel kapcsolatos vagy ágazati ad-hoc munkacsoportok működhetnek.

13. Cikk

A két Szerződő Fél különösen célszerűnek tartja az állandó párbeszédkészséget a gazdasági, mezőgazdasági, ipari, műszaki, technológiai, regionális és munkaerőpolitikai együttműködés aktuális kérdéseiben.

14. Cikk

A Szerződő Felek készséget nyilvánítanak arra, hogy folytassák a már megkezdett információcserét Magyarország Európai Unióhoz történő csatlakozásáról.

15. Cikk

A Szerződő Felek között a jelen Megállapodás alkalmazásával vagy értelmezésével kapcsolatban felmerülő véleténykülönbségeket a 12. cikkben megnevezett Végyesbizottság keretében folytatandó tárgyalások útján kell rendezni.

16. Cikk

(1) A Szerződő Feleket a jelen Megállapodás olyan mértékben nem köti, amennyiben az az Európai Unióban (EU) mindenkor érvényes jogi helyzettel nem egyeztethető össze.

(2) Amennyiben az (1) bekezdés következményei nem láthatók tiszán, a Szerződő Felek a kérdésre vonatkozóan párbeszédet folytatnak.

17. Cikk

- (1) A jelen Megállapodás hatállyalépéssel hatályukat veszik:
- az 1979. szeptember 15-ei „Hosszú lejáratú megállapodás a Magyar Népköztársaság Kormánya és az Osztrák Szövetségi Kormány közötti gazdasági, ipari és műszaki együttműködésről, valamint annak továbbfejlesztéséről”;
 - az 1972. november 11-ei „Hosszú lejáratú árusforgalmi megállapodás a Magyar Népköztársaság Kormánya és az Osztrák Szövetségi Kormány között”;
 - az 1971. október 28-ai „Fizetési megállapodás a Magyar Népköztársaság Kormánya és az Osztrák Szövetségi Kormány között”.

18. Cikk

(1) Jelen Megállapodás azon hónapot követő harmadik hónap első napján lép hatállyba, amikor a Szerződő Felek egymással közölték, hogy teljesültek a jelen Megállapodás hatállyalépéshöz az országukban szükséges előfeltételek.

(2) Jelen Megállapodást ötéves időtartamra kötik meg, és a megállapodás hatálya mindenkor egy további évevel meghosszabbodik, amennyiben azt hatállyának lejárta előtti három hónappal a Szerződő Felek valamelyike diplomáciai úton írásban nem mondja fel.

Készült Bécs -ben, 1995 szeptember 19.-án, két eredeti példányban, magyar és német nyelven, minden két nyelvű szöveg azonos érvényű.

Az Osztrák Szövetségi Kormány
nevében:

JOHANNES DITZ

A Magyar Köztársaság Kormánya
nevében:

IMRE DUNAI

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE AUSTRIAN FEDERAL GOVERNMENT AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF HUNGARY ON ECONOMIC, AGRICULTURAL, INDUSTRIAL, TECHNICAL AND TECHNOLOGICAL COOPERATION

The Austrian Federal Government and the Government of the Republic of Hungary, hereinafter referred to as the "Contracting Parties",

Convinced that a new agreement on economic, agricultural, industrial, technical and technological cooperation will create favourable conditions and an appropriate basis for the further development of economic relations, including in areas outside the tradition relations,

In harmony with the Europe Agreement establishing an Associate between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Republic of Hungary, of the other part, signed on 16 December 1991,²

Taking into account the accession of the Republic of Austria to the European Union with effect from 1 January 1995 and the application of the Republic of Hungary for membership in the European Union, which was acknowledged by the General Affairs Council on 18/19 April 1994 in Luxembourg and by the European Council in Corfu on 24/25 June 1994,

In line with the body of law of the European Union, the obligations with respect to the General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)³ and the World Trade Organization (WTO)⁴ and the legislation in force in the two States;

Desiring to promote in the future a shared way forward in European integration,

Have agreed as follows:

Article 1

Subject to the legislation provisions in force in each State, and taking into account their international obligations, the Contracting Parties shall endeavour to bring about the continuation, the harmonious development and the expansion of bilateral economic, agricultural, industrial, technical and technological cooperation, including in areas outside the traditional relationships.

Article 2

In accordance with the objectives of article 1, the Contracting Parties shall, to the extent of their capabilities, facilitate and promote economic relations between the enterprises, organizations, companies and institutions, hereinafter referred to as the "undertakings", of the two States.

¹ Came into force on 1 August 1996 by notification, in accordance with article 18.

² United Nations, *Treaty Series*, vols. 1778 to 1782, No. I-31031.

³ *Ibid.*, vol. 55, p. 187.

⁴ *Ibid.*, vols. 1867, 1868 and 1869, No. I-31874.

Article 3

The Contracting Parties are in agreement that investments by undertakings of the other Contracting Party strengthen economic relations, and that Austrian investments as part of the process of privatization in Hungary can make a contribution not only to improved cooperation and stimulation of foreign trade, but also to the advancement of both countries' economies.

Article 4

The Contracting Parties agree that a particular openness to dialogue and good possibilities for cooperation exist in the following sectors:

- The building industry
- The energy sector, including energy-saving technologies, and the construction and renovation of power stations and transmission systems
- Oil and refinery technologies
- Prospecting, extraction, treatment, refining and processing, and marketing of mineral raw materials and mined products
- Technologies relating to the environment
- Electrical engineering
- Agricultural and forestry
- Agricultural engineering
- The foodstuffs industry
- Mechanical engineering
- The chemical and petrochemical industry
- Public health, medical technology, medical products and pharmaceuticals
- The wood-processing and paper industries
- The building materials industry
- The steel industry
- The metal-working industry
- Direct investments
- Facilitation of entrepreneurial activity
- Consulting
- Protection of industrial property
- Applied research
- Development of regional cooperation and cooperation in the frontier regions, including within the context of international development programmes
- Cooperation in exhibitions and trade fairs
- Expansion of joint cooperation on third-country markets
- Standards, accreditation and certification
- Tourism and related industries
- Waste disposal and recycling.

Article 5

The Contracting Parties hereby declare their intention to devote particular attention to cooperation in the following sectors, in transfrontier projects including incorporation into the trans-European networks and the implementation of infrastructure projects:

- Energy
- Water resource management
- Telecommunications
- Railways
- Air travel
- Shipping
- Road-building
- Road traffic
- Combined traffic.

Article 6

The Contracting Parties are in agreement that expeditious customs clearance in the traffic of goods is of particular importance for the further development of the economic relations of the two States.

Article 7

In implementing cooperation under this Agreement the Contracting Parties shall endeavour to use and support modern and environmentally favourable technologies, and shall strive to reduce impact on ecological resources.

Article 8

Where no other agreement has been made, the economic, agricultural, industrial, technical and technological cooperation under this Agreement shall take place on a commercial basis.

Article 9

The Contracting Parties recognize that it is both advantageous and necessary for small and medium-sized undertakings to play a more active role in bilateral trade relations between them.

Article 10

The Contracting Parties shall, to the extent of their capabilities and in accordance with the legal provisions in force in the State concerned, promote the provision of consulting services and the training and advanced training of specialists and managers, in particular in the area of foreign trade, business management, protection of industrial property and tourism, as well as in banking, finance and insurance.

Article 11

1. The Contracting Parties shall recommend to undertakings that they should resolve disputes primarily through amicable settlement on a mutually agreed basis, or through voluntary recourse to international arbitral tribunals.

2. Disputes between undertakings shall be resolved in accordance with the international obligations of the two Contracting Parties and the agreements in force between them.

Article 12

1. By means of the present Agreement a Mixed Commission is established, which shall be convened alternately in Austria or Hungary at the request of either of the Contracting Parties.

2. The responsibilities of this Mixed Commission shall include in particular:
 - (a) Reviewing the development of bilateral foreign trade relations;
 - (b) Identifying new possibilities for promoting and strengthening economic, agricultural, industrial, technical and technological cooperation;
 - (c) Preparing proposals and recommendations to improve the conditions for bilateral cooperation, and defining priorities;
 - (d) Submitting recommendations for the more efficient application of this Agreement.
 - (e) Discussing problems which arise and devising possible solutions.

3. As appropriate, project-related or sector-specific *ad hoc* working groups may act under the auspices of the Mixed Commission.

Article 13

The two Contracting Parties consider it especially advantageous that there should be an openness to dialogue at all times on current topics of economic, agricultural, industrial, technical, technological and regional cooperation and of cooperation on labour market issues.

Article 14

The Contracting Parties hereby express their readiness to continue the existing exchange of information with a view to the accession of Hungary to the European Union.

Article 15

Differences of opinion between the Contracting Parties on the application or interpretation of the present Agreement shall be resolved by negotiations within the Mixed Commission referred to in article 12.

Article 16

1. The Contracting Parties shall not be bound by this Agreement where it is inconsistent with the body of law in force in the European Union (EU).
2. In cases where the effects of paragraph 1 are unclear, the Contracting Parties shall enter a dialogue on the matter.

Article 17

1. With the entry into force of the present Agreement, the following shall cease to have effect:

(a) Long-term Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the People's Republic of Hungary on Economic, Industrial and Technical Cooperation and the Development Thereof, of 15 September 1979;

(b) Long-term Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the People's Republic of Hungary on Traffic in Goods, of 11 November 1972;

(c) Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the People's Republic of Hungary on Payment Transactions, of 28 October 1971.

Article 18

1. This Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the Contracting Parties notify each other that the respective national requirements for its entry into force have been fulfilled.

2. This Agreement is concluded for a duration of five years and shall be renewed for successive periods of one year unless it is denounced by one of the two Contracting Parties in writing through the diplomatic channel, three months before its expiry.

DONE at Vienna on 19 September 1995, in duplicate in the German and the Hungarian languages, both texts being equally authentic.

For the Austrian Federal
Government:

JOHANNES DITZ

For the Government
of the Republic of Hungary:

IMRE DUNAI

[TRADUCTION — TRANSLATION]

**ACCORD¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT FÉDÉRAL AUTRICHIEN
ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE HONGRIE
RELATIF À LA COOPÉRATION ÉCONOMIQUE, AGRICOLE, IN-
DUSTRIELLE, TECHNIQUE ET TECHNOLOGIQUE**

Le Gouvernement fédéral autrichien et le Gouvernement de la République de Hongrie, appelés ci-après les « Parties contractantes »,

Convaincus qu'un nouvel accord relatif à la coopération économique, agricole, industrielle, technique et technologique créera des conditions favorables et une base appropriée pour poursuivre — au delà des relations traditionnelles — le développement des relations économiques,

Conformément à l'Accord européen établissant une Association entre les Communautés européennes et leurs Etats membres, d'une part, et la République de Hongrie, d'autre part, signé le 16 décembre 1991²,

Compte tenu de l'admission de la République d'Autriche en tant que membre de l'Union Européenne le 1^{er} janvier 1995 et de la demande d'adhésion à l'Union Européenne de la République de Hongrie qui a été prise en considération par le Conseil des affaires générales les 18/19 avril 1994 à Luxembourg et par le Conseil Européen à Corfou les 24/25 juin 1994,

Conformément aux règles juridiques de l'Union Européenne, aux engagements souscrits envers l'Accord général sur les droits de douane et le commerce (GATT)³ et l'Organisation mondiale du commerce (OMC)⁴ et aux règles juridiques en vigueur dans les deux Etats,

Désireux de favoriser une démarche commune pour progresser vers l'intégration européenne,

Sont convenus de ce qui suit :

Article 1

Les Parties contractantes s'efforceront, dans le cadre des dispositions juridiques en vigueur dans chaque Etat et en tenant compte de leurs engagements internationaux, de poursuivre, de développer de façon harmonisée et d'élargir la collaboration bilatérale économique, agricole, industrielle, technique et technologique au-delà de leurs relations traditionnelles.

Article 2

Conformément aux objectifs définis à l'article 1, les Parties contractantes faciliteront et favoriseront dans la mesure de leurs possibilités les relations économiques entre les entreprises, organisations, sociétés et institutions, désignées ci-après par le terme « entreprises », de chacun des deux Etats.

¹ Entré en vigueur le 1^{er} août 1996 par notification, conformément à l'article 18.

² Nations Unies, *Recueil des Traités*, vols. 1778 to 1782, n° I-31031.

³ *Ibid.*, vol. 55, p. 187.

⁴ *Ibid.*, vols. 1867, 1868 et 1869, n° I-31874.

Article 3

Les Parties contractantes conviennent que les investissements des entreprises de l'autre Etat partie renforcent les relations économiques et que les investissements autrichiens peuvent non seulement contribuer, dans le cadre du processus hongrois de privatisation, à améliorer la coopération et à stimuler le développement du commerce extérieur, mais aussi être avantageux pour l'économie de chacun des Etats parties.

Article 4

Les Parties contractantes conviennent qu'il existe une disposition particulière au dialogue et de bonnes possibilités de coopération dans les domaines suivants :

- Construction
- Secteur de l'énergie, y compris les économies d'énergie, ainsi que la construction et la rénovation des centrales électriques et des systèmes de transport d'énergie
- Technologies du pétrole et du raffinage
- Exploration, exploitation, préparation, transformation et commercialisation de matières premières minérales et de produits de l'exploitation minière
- Techniques environnementales
- Electrotechnique
- Agriculture et foresterie
- Génie agricole
- Industrie alimentaire
- Construction d'installations et de machines
- Industrie chimique et pétrochimique
- Santé, techniques médicales, industrie médicale et pharmaceutique
- Travail et transformation du bois et industrie du papier
- Industrie des matériaux de construction
- Industrie sidérurgique
- Industrie de transformation des métaux
- Investissements directs
- Facilitation de l'activité des entreprises
- Services de consultants
- Protection juridique du travail
- Recherche appliquée
- Développement de la coopération régionale et frontalière, également dans le cadre de programmes de développement internationaux
- Coopération dans le cadre de foires et d'expositions
- Développement de la collaboration sur les marchés tiers
- Normalisation, accréditation et certification
- Complexes touristiques
- Gestion et recyclage des déchets.

Article 5

Les Parties contractantes se déclarent prêtes à consacrer une attention particulière à des projets transfrontières prévoyant notamment l'intégration à des réseaux transeuropéens et la réalisation de projets d'infrastructure, dans les domaines de collaboration suivants :

- Energie
- Gestion des eaux
- Télécommunications
- Chemins de fer
- Transports aériens
- Navigation
- Construction de routes
- Circulation routière
- Transport combiné.

Article 6

Les Parties contractantes s'accordent à reconnaître que la facilitation des formalités douanières lors du transport de marchandises est particulièrement importante pour le développement des relations économiques entre les deux Etats.

Article 7

En développant leur coopération dans le cadre du présent Accord, les Parties contractantes s'efforceront d'appliquer et de favoriser les technologies modernes et écophiles et les mesures économisant les ressources écologiques.

Article 8

Sauf dispositions contraires, la coopération économique, agricole, industrielle, technique et technologique s'exerce dans le cadre du présent Accord sur une base commerciale.

Article 9

Les Parties contractantes reconnaissent qu'il est utile et nécessaire que les petites et moyennes entreprises participent davantage aux relations bilatérales de commerce extérieur.

Article 10

Les Parties contractantes favoriseront dans la mesure de leurs possibilités et conformément aux dispositions juridiques en vigueur dans chacun des deux Etats les services de consultants, la formation et le perfectionnement de spécialistes et de dirigeants d'entreprises, surtout dans les secteurs du commerce extérieur, de la gestion économique, de la protection juridique du travail, du tourisme, de la banque, de la gestion financière et de l'assurance.

Article 11

1) Les Parties contractantes recommandent aux entreprises de recourir en priorité pour le règlement des différends à des solutions à l'amiable convenues d'un commun accord ou au libre choix d'arbitres internationaux.

2) Pour le règlement des différends entre les entreprises il est tenu compte des obligations internationales souscrites par les deux Parties contractantes et des arrangements en vigueur entre l'une et l'autre.

Article 12

1) Dans le cadre du présent Accord il est créé une Commission mixte qui est convoquée alternativement en Autriche ou en Hongrie à la demande de l'une des deux Parties contractantes.

2) Cette Commission mixte a notamment pour fonctions de :

a) Surveiller l'évolution des relations bilatérales de commerce extérieur,

b) Révéler de nouvelles possibilités pour faciliter et renforcer la coopération économique, agricole, industrielle, technique et technologique,

c) Faire des propositions et recommandations en vue d'améliorer les conditions de la coopération bilatérale et de définir des priorités,

d) Soumettre des recommandations en vue d'appliquer le présent Accord de façon plus efficace,

e) Examiner les problèmes existants et mettre au point des propositions de solutions.

3) La Commission mixte peut créer le cas échéant des groupes de travail spéciaux par projet ou par secteur.

Article 13

Les deux Parties contractantes estiment particulièrement important d'être en permanence prêtes à dialoguer sur les thèmes d'actualité concernant la coopération économique, agricole, industrielle, technique, technologique, régionale ainsi que la coopération dans le domaine de la politique du marché du travail.

Article 14

Les Parties contractantes se déclarent prêtes à poursuivre l'échange d'informations actuel dans la perspective de l'admission de la Hongrie en tant que membre de l'Union européenne.

Article 15

Pour surmonter leurs divergences d'opinion concernant l'application ou l'interprétation du présent Accord, les Parties contractantes doivent procéder à des négociations dans le cadre de la Commission mixte visée par l'article 12.

Article 16

1) Les Parties contractantes ne sont pas liées par le présent Accord dans la mesure où celui-ci est incompatible le cas échéant avec les dispositions en vigueur du droit de l'Union européenne (UE).

2) Si les conséquences du paragraphe 1 du présent article n'apparaissent pas clairement, les Parties contractantes engagent un dialogue à ce sujet.

Article 17

1) Avec l'entrée en vigueur du présent Accord

a) L'« Accord à long terme entre le Gouvernement fédéral autrichien et le Gouvernement de la République populaire de Hongrie relatif à la coopération économique, industrielle et technique et son évolution », du 15 septembre 1979;

b) L'« Accord à long terme entre le Gouvernement fédéral autrichien et le Gouvernement de la République populaire de Hongrie sur le trafic des marchandises » du 11 novembre 1972;

c) L'« Accord sur le service des paiements entre le Gouvernement fédéral autrichien et le Gouvernement de la République populaire de Hongrie » du 28 octobre 1971 deviennent caducs.

Article 18

1) Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant le mois au cours duquel les Parties contractantes se seront mutuellement informées de l'accomplissement des procédures internes à respecter pour l'entrée en vigueur de l'Accord.

2) Le présent Accord est conclu pour une durée de cinq ans et est prorogé chaque fois pour une période de un an à moins de dénonciation trois mois avant la fin de sa période de validité par écrit et par la voie diplomatique.

FAIT à Vienne, le 19 septembre 1995 en deux originaux en langues allemande et hongroise, chacun des deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
fédéral autrichien :

JOHANNES DITZ

Pour le Gouvernement
de la République de Hongrie :

IMRE DUNAI
